



HESSISCHER LANDTAG

04. 03. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

HPV-Impfung schützt Gesundheit und entlastet das Gesundheitssystem

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) den Zugang zur HPV-Impfung zu erleichtern, etwa durch Modellprojekte für kostenfreie Impfaktionen in Kooperation mit Schulen, Gesundheitsämtern, Kinder- und Jugendärzten sowie bestehenden Beratungsstellen und Präventionsangeboten.
 - b) gezielte, wiederkehrende Aufklärungskampagnen an weiterführenden und beruflichen Schulen durchzuführen, die Mädchen und Jungen gleichermaßen adressieren, und dabei digitale Informationsangebote sowie Multiplikatoren (z. B. Lehrkräfte, Jugendgruppenleitungen, Schulsozialarbeit) einzubinden.
 - c) niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich Frauengesundheit nachhaltig zu fördern und auszubauen, insbesondere Frauen- und Mädchenberatungsstellen, kommunale Präventionsangebote sowie Einrichtungen von Trägern wie pro familia, um verlässliche Beratung zu HPV, Krebsvorsorge und Spätfolgen sicherzustellen.
 - d) sicherzustellen, dass Aufklärung und Impfangebote eine angemessene strukturelle und finanzielle Absicherung erhalten, sodass insbesondere Ärztinnen und Ärzte ihrer Rolle in der Prävention flächendeckend nachkommen können.
 - e) die Männergesundheit ausdrücklich in die Aufklärung und Präventionsmaßnahmen einzubeziehen, um das Bewusstsein für HPV-Impfungen bei Jungen und Männern zu erhöhen.
 - f) digitale und innovative Präventionsformate zu prüfen und schrittweise umzusetzen, beispielsweise Apps, Online-Sprechstunden und Social-Media-Kampagnen, um Jugendliche und junge Erwachsene zielgruppengerecht anzusprechen.
 - g) eine landesweite, differenzierte Datengrundlage zu den HPV-Impfquoten in Hessen zu schaffen und diese regelmäßig nach Alter, Geschlecht und Regionen öffentlich zu veröffentlichen.
 - h) dem Landtag jährlich Bericht zu erstatten über die Entwicklung der HPV-Impfquoten, der durchgeführten Präventionsmaßnahmen sowie der HPV-assoziierten Erkrankungen in Hessen.

Begründung:

HPV-Infektionen gehören zu den häufigsten Infektionen weltweit und können Krebs auslösen. In Deutschland erkranken jedes Jahr mehrere tausend Menschen an HPV-bedingten Krebserkrankungen, darunter vor allem Frauen an Gebärmutterhalskrebs. Dabei existiert mit der Impfung eine wirksame Schutzmöglichkeit, die seit Jahren von der Ständigen Impfkommission für Mädchen und Jungen im Alter von neun bis vierzehn Jahren empfohlen wird. Versäumte Impfungen können später nachgeholt werden. Dennoch sind die Impfquoten in Hessen deutlich zu niedrig. Weniger als 55 Prozent der 15-Jährigen Mädchen in Hessen sind vollständig HPV-geimpft, bei Jungen liegt die Quote mit rund 30 Prozent noch deutlich darunter. Damit bleibt ein großes Präventionspotenzial ungenutzt, sowohl für die Gesundheit der Betroffenen als auch für die Entlastung des Gesundheitssystems. Wissenschaftlich ist gut belegt, dass eine deutlich höhere HPV-Impfquote jährlich zehntausende Konisationen und viele Gebärmutterhalskrebs Erkrankungen verhindern könnte. Aufgrund HPV-bedingter Krebsvorstufen werden in Deutschland jährlich zehntausende Konisationen durchgeführt; Studien aus Schweden und Großbritannien zeigen, dass

bei früh geimpften Mädchen und jungen Frauen das Risiko für Gebärmutterhalskrebs um rund 70 bis 90 Prozent sinkt. Die HPV-Impfung schützt nahezu vollständig vor anhaltenden Infektionen mit den relevantesten krebserregenden HPV-Typen, wenn die Impfserie vor Beginn der sexuellen Aktivität abgeschlossen wird.

Jede vermiedene Konisation bedeutet nicht nur eine gesundheitliche Entlastung für betroffene Frauen, sondern auch eine finanzielle Entlastung für das Gesundheitssystem. Die Kosten pro Eingriff liegen bei durchschnittlich 2.178 Euro inklusive Behandlung, Nachsorge und Arbeitsausfall. Werden alle Folgekosten über zwei Jahre berücksichtigt, steigt der Aufwand pro Patientin sogar auf bis zu 4.446 Euro. Eine höhere Impfquote würde also nachweislich sowohl das individuelle Leid als auch die gesamtgesellschaftlichen Kosten deutlich senken.

Die bisherigen Angebote – wie punktuelle Aufklärungsaktionen oder Wanderausstellungen – sind gut gemeint, erreichen aber nicht ausnahmslos alle jungen Menschen und bleiben oft zeitlich begrenzt. Es fehlt eine klare Gesamtstrategie, die Aufklärung dauerhaft, flächendeckend und niedrigschwellig sicherstellt. Vor allem fehlt eine transparente und belastbare Datenlage, ohne die Präventionsmaßnahmen nicht wirksam gesteuert werden können.

Wesentlich ist außerdem, vorhandene Strukturen sinnvoll zu stärken: Neben schulischen Informationskampagnen braucht es eine glaubwürdige Einbindung der vertragsärztlichen Versorgung, da Ärztinnen und Ärzte zentrale Multiplikatoren für Aufklärung und Impfung sind. Ihre Rolle muss durch angemessene Förderung und Honorierung verlässlich abgesichert werden. Ebenso ist es wichtig, niederschwellige Beratungsangebote im Bereich Frauengesundheit zu stützen und das Thema Männergesundheit ausdrücklich in die Aufklärung einzubeziehen.

Hessen braucht deshalb mehr als nur punktuelle Aktionen. Es braucht eine landesweite, verlässliche und transparente Strategie, die die Datenlage verbessert, regelmäßige Aufklärung ermöglicht, den Zugang zur Impfung erleichtert und die bestehenden Strukturen im Gesundheitswesen stärkt. Nur auf dieser Basis kann Prävention wirksam sein und die Zahl der HPV-bedingten Krebserkrankungen spürbar sinken.

Wiesbaden, 4. März 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas